**Angespannte politische Lage in Togo**

Die Situation in Togo ist - weitgehend unbeachtet in der deutschen Öffentlichkeit - zum Zerreißen gespannt. Die Forderungen nach demokratischen Reformen und dem Rücktritt des Präsidenten Faure Gnassingbe werden immer lauter. Nach landesweiten Demonstrationen in vielen Städten mit bis zu 100.000 Teilnehmenden hat die Oppositionsbewegung in Togo am 25.9. zu einem wenig beachteten Streik aufgerufen und mobilisiert nun zu weiteren Demonstrationen am 4. und 5. Oktober.

Die Evangelisch-Presbyterianische Kirche (EEPT) und die Methodistische Kirche in Togo haben in nunmehr drei Hirtenbriefen die beteiligten staatlichen Kräfte wie auch die Anhänger der Opposition zur Vernunft und Gewaltfreiheit aufgerufen. Auf keinen Fall dürften in dieser Situation Stimmen der Rache oder ethnische Erwägungen die Oberhand gewinnen. Die berechtigten Erwartungen des Volkes sollten bei den staatlichen Autoritäten Gehör finden. Sie unterstützen dabei ausdrücklich das Angebot der katholischen Kirche zur Mediation.   
Die Norddeutsche Mission bittet die Gemeinden ihrer Mitgliedskirchen, die Bevölkerung Togos sowie die friedensstiftende Arbeit der Kirchen in Togo in ihrer Fürbitte zu bedenken.   
(weitere Information siehe unten)

***Fürbitte für Togo*** *Guter, barmherziger Gott,   
du hörst die Schreie deines Volkes, du siehst das Leiden derer, die vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind und du teilst die Hoffnung derer, die sich einsetzen für ein friedliches, versöhntes Zusammenleben.   
Wir bitten dich heute auch für Evangelisch-Presbyterianische Kirche in Togo, die in einer gespannten Situation um Vertrauen und für Verständigung wirbt. Seit Jahrzehnten wird in Togo politischer, sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt verhindert. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu, viele Menschen hoffen auf grundlegende, demokratische Veränderungen und auf Versöhnung. Wir bitten dich heute unsere Schwestern und Brüder in Togo. Sei du ihr Halt und ihre Orientierung, lass nicht zu, dass Hass und Gewalt das gesellschaftliche Leben bestimmen, schenke den politisch Handelnden in Regierung und Opposition die Fähigkeit und den Willen, sich für Frieden und Versöhnung einzusetzen, Veränderungen zuzulassen, lass die Hoffnung der Bevölkerung eine Kraft werden, die über alle Grenzen und Unterschiede hinweg sich gemeinsam für Wohlstand und Demokratie einsetzt.   
Amen*

**Informationen zur aktuellen Situation in Togo**

Bei den Demonstrationen für eine politische Reform wurden bislang acht Menschen getötet und Dutzende verletzt. Die Opposition erwartet große Unterstützung durch die Bevölkerung angesichts der “illegalen und überzogenen” Reaktionen der Regierung bis hin zu einer Unterbrechung der Internetzugänge, so ein Sprecher der Aktiven. Die Forderungen nach Gnassingbes Rücktritt werden immer lauter, obwohl die Regierung eine Verfassungsänderung einführen will, die die Amtszeit des Präsidenten auf maximal zweimal fünf Jahre begrenzen soll. Dazu soll ein Referendum durchgeführt werden, welches die Opposition aber ablehnt, weil diese Regelung nicht rückwirkendend gelten soll. Somit könnte Gnassingbe auch bei den nächsten zwei Wahlen kandidieren und bis 2030 Präsident sein. UN-Generalsekretär António Guterres appellierte an beiden Seiten, in einen “konstruktiven Dialog” einzutreten, um eine institutionelle und konstitutionelle Reform zu erreichen. Nathaniel Olympio, einer der Führer der Opposition erklärte, niemand stelle sich gegen einen Dialog, aber es müsse vorher klar sein, um was es bei den Gesprächen ginge.

Unterdessen scheint die Situation zunehmend zu eskalieren: Sicherheitskräfte haben am Montag in Sokodé einen Imam festgenommen, dem vorgeworfen wird, zu Hass und Gewalt gegen Polizei und Militär aufgerufen zu haben. In Folge dessen kam es zu weiteren Unruhen in Sokodé und Teilen Lomés, in Zuge dessen zwei Soldaten umgebracht wurden sowie zwei Demonstranten den Tod fanden. Polizeistationen, öffentliche Gebäude und Bankfilialen, aber auch das Parteibüro der Oppositionspartei PND wurden demoliert.

Am Mittwoch hat die Opposition wieder zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen, die aber untersagt worden sind („keine Demonstrationen in der Arbeitszeit, sondern nur am Wochenende“). Die Opposition hält dieses Verbot für rechtswidrig und beharrt auf ihrem Demonstrationsrecht. Während Sicherheitskräfte strategisch wichtige Kreuzungen mit gepanzerten Wagen besetzen und damit die Bewegungsfähigkeit der Bevölkerung unterbinden, mobilisieren junge Demonstranten in der Opposition zugerechneten Stadtteilen zum Bau von Barrikaden.

Derzeit ist schwer absehbar, wie es gelingen kann, einen politischen Prozess zu organisieren, der die Forderung nach einem friedlichen Machtwechsel realisieren könnte. Die Kirchen rufen derweil alle Beteiligten zur Vernunft, zur rhetorischen und vor allem Gewalt-Deeskalation und Gesprächsbereitschaft auf.